

eigentlich nur einen Weg, wie solche Zahlungen geleistet werden können (abgesehen von vorübergehenden Anleihen an Deutschland seitens fremder Länder), nämlich dadurch, daß der Export des deutschen Exports den des Imports übersteigt. Daraus folgt, daß eine rationelle Schätzung der Möglichkeiten nur auf der Basis gemacht werden kann, daß man die Handelsbilanz Deutschlands vor dem Kriege und die jetzt mögliche Steigerung seines Exports prüft.

Endlich sagt Keynes: „In meinem Buche habe ich den Wert der ersten beiden Punkte genau analysiert. Was sich seitdem ereignet hat, hat zu dem Schlusse geführt, daß meine Schätzungen eher zu hoch als zu niedrig waren. Auch sind meine Äußerungen von niemanden ernstlich angegriffen worden. Der allgemeine Schluß der Prüfung der gültigen Daten ist daher, daß eine Summe von 500 Millionen bis 2 Milliarden Dollars, das Äußerste ist, was nach Zahlung der Kosten der Besatzungsarmee übrig bleibt.“

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Streit um die deutsche Kabel.

Nach einer Meldung aus Washington werden die Vereinigten Staaten gegen die japanische Kontrolle über die ehemals deutschen Kabel im Stillen Ozean protestieren. Davon erklärte demgegenüber, Amerika habe nicht rechtzeitige Einsprüche erhoben. Erhöhung der Wählerinnenbeiträge.

Zur Reichswahlerechtsfrage haben sämtliche Parteien des Reichstages einen Antrag eingebracht, der die Vorgelegte eines Gesetzesentwurfes verlangt, der eine der Geldwertverwertung entsprechende Erhöhung der Wählerinnenbeiträge vorsieht.

Japan.

X Amerikanische Spione in Tokio. Die japanische Polizei erwägt einen Plan zur wirksamen Überwachung von Amerikanern in Japan unter der Begründung, daß einige angebliche Touristen in Wirklichkeit Agenten der amerikanischen Regierung seien, die sich mit der Untersuchung der industriellen und militärischen Lage in Japan befassen und dabei von Amerikanern, die in Japan ansässig seien, unterstützt würden.

Zur Kohlenpreiserhöhung. Einspruch der Reichsregierung.

Der Reichskohlenverband und der große Ausschuß des Reichskohlenrates hatten sich mit ernsten Anträgen auf Kohlenpreiserhöhung zu beschäftigen. Für das rheinisch-westfälische Kohlenbündnis wurde eine Preiserhöhung von 25 M. je Tonne beantragt unter Bezugnahme auf bereits früher gestellte Anträge und auf das Ergebnis von durch den Reichskohlenverband und das Reichswirtschaftsministerium vorgenommenen Selbstkostenberechnungen, die (allerdings nach Berücksichtigung eines erheblichen Abschreibungsatzes auf Einrichtungen) für den Monat Oktober einen Niderdruck von etwa 12 bis 15 M. pro Tonne ergeben hätten. Der Antrag fand gegen eine Stimme Annahme.

Staatssekretär Tirsch erhob im Auftrage der Reichsregierung gegen diesen Beschluß aus Gründen des öffentlichen Wohles Einspruch. Entscheidend für die Haltung der Reichsregierung seien Erwägungen gewesen, wie sie in der Sitzung auch von zwei Vertretern der Verbraucher hervorgehoben worden seien. Auf dem Weltmarkt sowohl als in Deutschland ständen wir innerhalb eines allgemeinen Preisrückganges; und eine Kohlenpreiserhöhung in diesem Zeitpunkt würde den Arbeitsmarkt und die Industrie unermäßig überlasten. In der Aussprache wurde die Begründung für die Ablehnung der Preiserhöhung als ungenügend bezeichnet und es fand ein Antrag Annahme, daß in Kürze eine Vollversammlung des Reichskohlenrates einberufen werden soll, in welcher die Reichsregierung ihre Haltung in der Kohlenpreiserhöhung eingeben darlegen soll.

Ein Antrag des niedersächsischen Kohlenbündnisses auf eine Preiserhöhung von 18,40 M. pro Tonne fand ebenfalls Annahme; er wurde indes mit der gleichen Begründung durch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums beanstandet. Anträge des mitteldeutschen und ostfälischen Braunkohlenbündnisses auf Preiserhöhungen von 3,70 M. je Tonne Kohle und 12,70 M. je Tonne Braunkohle fanden schließlich unbeantwortet Annahme, nachdem ein Antrag auf eine weitergehende Preiserhöhung von 6 bzw. 19,70 M. mit Einspruch bedroht und zurückgezogen worden war.

Gräfin Pia.

Roman von H. Courths-Walzer.

2. Fortsetzung. (Kochend verboten.)

Die beiden Damen merkten nicht, daß in diesem Augenblick unter der Portiere, die den Eingang in das Nebenzimmer halb verdeckte, Pia erschien. Als sie aber die laute Stimme der Egzellenz vernahm, trat sie erschrocken und unangenehm berührt wieder hinter die Portiere zurück und ließ sich in einem Sessel nieder, wartend, daß Tante Maria sie dann selbst hervorholte. Und so wurde sie ungewollt Zuhörer des folgenden Gesprächs:

„Wie ich dazu komme, Egzellenz,“ jagte Tante Maria mit ihrer wohlwollenden Ruhe, „ist schnell erklärt. Mein Neffe, Herr von Ried, ist der direkte Gutsnachbar des Grafen Buchenau und sehr mit ihm befreundet. Er hat mich, die Komtesse einige Zeit unter meinen Schutz zu nehmen.“

„Ah so — ah ja! Hans von Riedberg, der Kosmopolit. Wo reist er denn jetzt? Man hat ihn so lange nicht bei Ihnen gesehen, liebste Gräfin. Ist er wieder auf einer Weltreise begriffen?“

„Rein, er lebt schon fast seit einem Jahr in Schloß Riedberg.“

„Ah — schau, schau — will er sich endlich zur Ruhe setzen? Ist er denn nun verheiratet?“

„Rein, bis jetzt noch nicht.“

„hm, hm! Noch nicht? Aber er war doch vorigen Winter, als ich ihm in St. Moritz begegnete, drauf und dran, sich zu verloben. Er reiste zwar gerade an demselben Tag ab, als ich mit meinen beiden Neffen ankam, aber wir hörten, daß er sich in St. Moritz ernstlich und mit Erfolg um eine sehr schöne junge Witwe beworben hätte. Man wollte wissen, daß er ganz rasend verliebt gewesen wäre und daß er nur abgereist war, um seiner Angebeteten zu folgen und sie zu heiraten. Er soll ganz von Sinnen gewesen sein vor Leidenschaft.“

Deutscher Reichstag.

(81. Sitzung.) C.B. Berlin, 29. Januar.

Wenn auch die Aussprache über den Marinetat gestern geschlossen wurde, konnte die Abstimmung doch nicht stattfinden, da die Beschlußfähigkeit in der zweiten Sitzung des Hauses zweifelhaft war. Die erste Sitzung mußte wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen werden.

Die heutige Sitzung galt zunächst der zweiten Beratung des Notetzes für Landwirtschaft und Ernährung. Vorher wurde der Gesetzentwurf über die Mietssteuer ohne Debatte dem Wohnungsausschuß überwiesen.

Ernährungs- und Landwirtschaftsfragen.

Bei den Verhandlungen über den Haushalt erklärte Herr Abg. Dr. Voss (N. Soz.), daß verschiedene Forderungen des Notetzes eine agrarische Liebesgabenpolitik darstellen. Manche dieser Forderungen übersteigen alle Grenzen, und das müßte zum Zusammenbruch führen. Der Unmut wachse in allen Schichten der Bevölkerung, selbst beim Zentrum, zumal die Regierung auch bei den Kartoffeln verlagere habe und es überhaupt vorteilhaft sei, die schwebenden Fragen hinauszuschieben zu behandeln. K. V. solle die Festsetzung der Getreidepreise erst nach den Preisverhandlungen erfolgen, weil die Bevölkerung sonst viel leichter ihrem Unmut Ausdruck geben würde. Der Berichterstatter, Abg. Dr. Mund (Dem.) wies den Vorwurf, daß es sich bei dem Ergänzungshaushalt um Liebesgaben für die Landwirtschaft handle, zurück. Man müsse darauf sehen, daß auch die Landwirte eine angemessene Vergütung ihrer Erzeugnisse erhalten.

Abg. Weisbach (Deutschnat.) betonte, die teilweise noch immer bestehende Zwangswirtschaft habe den Ruin der Landwirtschaft verschuldet. Der jetzt von der Regierung eingeschlagene Weg des Austausches für deutsches Brotgetreide gegen ausländische Futtermittel hätte schon viel früher beschritten werden müssen. Wir warnen die Regierung, weiter mit so strengen Durchsetzungen der landwirtschaftlichen Betriebe vorzugehen.

Abg. Dufsch (D. Volksp.) bemerkte unter anderem: Die Sozialdemokratie konnte sich bislang nie daran gewöhnen, auch der Landwirtschaft angemessene Preise für ihre Erzeugnisse zu bewilligen. Endlich haben im Landwirtschaftsministerium die Sachverständigen angemessene Preise festgesetzt. Dem haben auch die aus den Kreisen der Verbraucher stammenden Mitglieder des Ausschusses zugestimmt. Dem Minister Dr. Hermes wissen wir Dank dafür, daß er jetzt neue und bessere Wege wagt als sein Vorgänger.

Wenn die Landwirte erst die notwendigen Anschaffungen machen müssen, dann wird das bishere Geld, das sie im Arztege befriete legen konnten, verschwinden wie Rauch an der Sonne. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Natürlich, so sagte der Redner hinzu, soweit sie ehrlieh geblieben sind. (Wahl bei den Soz.)

Abg. Kerschbaum (Dem.) führte aus, der Mais sollte gleichmäßig über die ganze Landwirtschaft im Reiche verteilt werden. Die Phosphorsäuren Düngemittel sind ungewohnt im Preise gestiegen. Wir bitten um auskömmliche Preise, aber um Vereinfachung des Branntweinsteuers.

Abg. Diermaier (Bav. Volksp.) Die Zwangswirtschaft ist längst zusammengebrochen, sie steht eigentlich nur noch auf dem Papier. Die Bauern würden aufatmen, wenn sie endlich die Zwangsjade ausziehen könnten, die sie seitdem Jahre lang getragen haben. Dann würden sie mit doppeltem Oher arbeiten.

Abg. Robert Schmidt (Soz.) wies darauf hin, daß wenn wir unter Brotgetreide aus dem Ausland beziehen müßten, das Brot etwa 15 M. kosten würde. Wie man unter diesen Umständen auf die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide hinwirken könne, sei ihm unverständlich. Von der Redner wurde hier lebhafter Widerspruch laut, worauf der Redner erwiderte: Die Proteste sind jetzt angebracht, weil ihnen der Zeitpunkt vor der Wahl unannehmlich ist. In Wirklichkeit wollen Sie die Aufhebung. Der Redner verbreitete sich dann über die Einzelheiten unserer Ernährungswirtschaft.

Zum Schluß erklärte der Redner: Die Regierung muß die Ablehnung des Getreides erzwängen. Warum wehrt sich der Landmann gegen die Kontrolle? Wer will uns denn weismachen, daß ein Eierpreis von 3,50 M. für das Stück nur die Produktionskosten bedeute, und bei 24 M. für Schweinefleisch es nicht anders, das sind Preisverbenste. Die Zeit der größten Not Deutschlands ist für die Landwirtschaft die gewinnbringendste gewesen.

Abg. Dietz (Zentr.) führte aus, wir müssen dem Auslande unabhängig werden. Deshalb brauchen wir die von der Linken beantragten Haushaltsposten. Mit der Eink. sollte des Ministers Dr. Hermes und wir einverstanden. Der Rückgang der Preise im Auslande ist kein natürlicher Vorgang, sondern ein Preissturz von vorübergehender Bedeutung.

Die Politik der Mindestpreise.

Landwirtschaftsminister Dr. Hermes wendete sich hauptsächlich gegen die Ausführungen seines Vorgängers, des sozialdemokratischen Abgeordneten und früheren Reichsernährungsministers Schmidt. Die Politik der Mindestpreise, berichte er, die noch der Minister Schmidt eingeleitet hatte, hat sich nicht bewährt. Wenn wir die Bewilligung billigerer Düngemittel usw. von niedrigen Preisen landwirtschaftlicher Erzeugnisse abhängig machen wollten, trieben wir doch den Landwirt dazu, das anzubauen, was ihm den meisten Gewinn in dieser Hin-

sicht bringt. In dieser Hinsicht können wir doch keinen Zwang ausüben. So schlecht wie die Ablehnung hier geschickt worden ist, ist sie nicht gewesen. Die Ablehnungssystemen waren vielmehr höher, als im Vorjahre. Wenn der Bezug unserer künstlichen Düngemittel im Ausland sich so weiter entwickelt wie bisher, dürfen wir doch an einen Abbau der Preise denken. An Thomasphosphat haben wir das rechtliche eingeführt, wie im Vorjahre. Unsere Landwirtschaft wird daher in die Lage versetzt, allmählich wieder leistungsfähiger zu werden.

Abg. Düssel (Komm.) wandte sich gegen verschiedene Ausführungen des Ministers. Dasselbe ist der Abg. Simon-Franken (N. Soz.), der bemerkte: Der Minister für Ernährung habe sich leider als Minister gegen die Ernährung erwiesen. Damit schloß die Verhandlung. Der Notetat und der Ergänzungsetat wurden angenommen.

Nach unwillkürlichen Auseinandersetzungen wurde auch der Rest des Haushalts der Reichswehr erledigt.

Notopfer und Kriegsanleihe.

Verordnung des Reichsfinanzministers.

Auf Grund des § 43 Abs. 5 des Gesetzes über das Reichsnotopfer hat der Reichsfinanzminister der Finanzen bestimmt:

1. Nachweislich selbstgezeichnete Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schapanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reiches werden bis zum Ablauf eines Monats nach Zustellung des einstweiligen Steuerbescheides (§ 5 des Gesetzes betreffend die beschleunigte Veranlagung und Erhebung des Reichsnotopfers vom 22. Dezember 1920, Reichs-Gesetzl. S. 2114) zu den im § 43 Abs. 1 des Gesetzes über das Reichsnotopfer bezeichneten Vorzugsstufen auf das Reichsnotopfer in Zahlung genommen.

2. Abgabepflichtige, die selbstgezeichnete Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen oder Schapanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reiches auf die außerordentliche Kriegsanleihe vom Vermögenszuwachs in Zahlung gegeben haben, können die Kriegsanleihe, die sie im Wege der Erstattung auf diese Kriegsanleihen zum Vorzugstorte zurückhalten, bis zum Ablauf eines Monats nach der Ausreichung durch die Hebesche zu den im § 43 Abs. 1 des Gesetzes über das Reichsnotopfer bezeichneten Vorzugsstufen in Zahlung geben.

In den Fällen, in denen ein Abgabepflichtiger selbstgezeichnete Schuldverschreibungen der Kriegsanleihen auf die Konten der Reichskasse für die Kriegsanleihe 1919 oder vom Vermögenszuwachs in einem über seine Abgabepflicht hinausgehenden Betrag hat übertragen lassen, die erhaltene Übertragbescheinigung jedoch noch nicht in Zahlung gegeben hat, ist die Reichskassenverwaltung ermächtigt, auf Antrag des Abgabepflichtigen gegen Rückgabe der Übertragbescheinigung den zuviel übertragenen Betrag auf das Konto des Abgabepflichtigen zurückübertragen. Dieser Betrag kann als selbstgezeichnete Schuldverschreibung zu den Vorzugsstufen des § 43 Abs. 1 des Gesetzes über das Reichsnotopfer verwendet werden. Der Antrag auf Übertragung muß binnen einem Monat nach der Bekanntgabe der Rückübertragung gestellt werden.

3. Bei der Festsetzung des Annahmewerts selbstgezeichneter Kriegsanleihen des Deutschen Reiches, die zur Entrichtung des Reichsnotopfers hingegen werden, sind beim Stückbestande fällige Zinsscheine nicht zurückzuweisen, sofern die Fälligkeit am 2. Januar 1921 oder später eingetreten ist; die Zinsscheine sind bei der Berechnung des Annahmewerts zu berücksichtigen.

Befinden sich die Zinsscheine der im Abs. 1 bezeichneten Art nicht mehr beim Stück, so ist der Annahmewert um die von diesen Zinsscheinen zurückbehaltene Kapitalertragssteuer zu erhöhen.

4. Die über die Hingabe selbstgezeichneter Kriegsanleihe auf das Reichsnotopfer ausgestellten Annahme- oder Übertragbescheinigungen werden auf die Tilgungsrente, den Reichsnotzins und auf Abzugsbeträge im Sinne des § 24 des Gesetzes über das Reichsnotopfer in Höhe des aus der Vereinnahmung ermittelten Annahmewerts in Zahlung genommen, ohne Rücksicht darauf, ob bei Festsetzung der Tilgungsrente oder des Reichsnotzins ausgelassene Zinsen mit eingerechnet sind.

Reichsrat und Mietssteuer

Zwei besondere Vorlagen.

In seiner Donnerstagssitzung beschäftigte sich der Reichsrat mit dem Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues, also der sog. Mietssteuer. Aus den Beratungen der Ausschüsse des Reichsrats ist schließlich eine dem Regierungsentwurf gegenüber wesentlich veränderte Vorlage herausgekommen. Die Beschlüsse der Ausschüsse enthalten zunächst die Bestimmung, daß mindestens dreißig Mark auf den Kopf der Bevölkerung in den beiden nächsten Rechnungsjahren zur Förderung des Wohnungsbaues

aufgebracht werden können, was nach oberflächlicher Schätzung für das ganze Reich einen Betrag von 1,8 Milliarden bedeutet, wofür rund 80.000 Wohnungen herge-

Die Gräfin ahnte nicht, daß Pia diese Worte hörte.

„Es wird so viel gesprochen, Egzellenz, worauf man nichts geben kann. Man weiß ja, wie solche Gerede oft aus dem Nichts entstehen.“

„Rein, nein, liebe Gräfin, solch ein Gerede war das nicht. Ich weiß es aus positiver Quelle. Einer meiner Freunde hat ihn in St. Moritz zurückhalten wollen, nachdem die Dame abgereist war, aber er hat sich nicht halten lassen. Wie gesagt, er soll rasend verliebt gewesen sein.“

„Oh, ich denke doch, der beste Gegenbeweis ist der, daß mein Neffe diese Dame weder geheiratet hat noch mit ihr verlobt ist,“ erwiderte die Gräfin unangenehm berührt und wollte dies Thema beenden.

Egzellenz hielt an dem Thema fest. Sie lachte selbstschämlich und unangenehm auf.

„Nun, nun — jedenfalls steht fest, daß Herr von Ried die Dame wahnsinnig geliebt hat. Man war noch ganz erregt darüber, daß er ihr überall wie ein Schatten gefolgt ist, zumal er sich sonst sehr zurückhaltend gegen Damen benommen hat. Doch er mit ihr weder verheiratet noch verlobt ist, scheint mir kein Gegenbeweis. Vielleicht hat er sich einen Korb geholt. Die Dame soll ja fast fluchtartig abgereist sein.“

Am liebsten hätte die Gräfin die klatschliche Egzellenz dadurch zum Schweigen gebracht, daß sie erklärte, daß ihr Neffe mit Komtesse Buchenau verlobt sein. Aber diese Verlobung sollte noch nicht publik werden, und so mußte sie schweigen. Sie begnügte sich, zu sagen:

„Es wird kaum viel an der Sache gewesen sein, sonst wüßte ich davon.“

Wieder lachte die Egzellenz so schrill, daß Pia zusammenzuckte auf ihrem Kauscherposten.

„Wo Rauch ist, da ist auch Feuer, liebste Gräfin. Aber das Thema scheint Ihnen unangenehm zu sein. Wir wollen es fallen lassen. Und um wieder auf Ihre Schutzbesetzung zu kommen — wird man sie zu sehen bekommen heute?“

Als Pia diese Worte hörte, schloß sie erschrocken aus dem Zimmer, in dem sie sich befand. Es war ihr unmöglich,

jezt in diesem Augenblick vor diese fremde Frau mit der unangenehmen Stimme und dem häßlichen Lachen hinzutreten.

Nun stand sie mit klopfendem Herzen am Fenster ihres Stübchens und sah mit großen, erschrockenen Augen vor sich hin. Von alledem, was sie gehört hatte, war ihr nur eins haften geblieben; daß Hans Ried eine schöne junge Witwe wahnsinnig geliebt haben sollte. Sie verstand in ihrer Unerschaffenheit nicht, was in diesen Worten lag. Aber sie waren ihr schmerzhaft ins Herz gedrungen wie eine feindliche Boltschaft, gegen die sie sich nicht wehren konnte. Ihr war so weh zu Rute, als ob sie etwas Liebes und Schönes verloren hätte.

Sie mußte immer darüber nachsinnen, seit dieser Stunde, wie das wohl sein mochte, wenn ein Mann eine Frau „wahnsinnig liebte“, ganz seltsam klang das für sie. Es rüttelte an ihrer Ruhe, ihrem Frieden, dies sonderbare Wort, und zwang sie, darüber nachzudenken.

Zum ersten Male trat vor ihre reinen Augen dieser fremde Begriff — und zwar in Verbindung mit Hans Ried. Das war ein inneres Erlebnis für sie, und es wirkte um so nachhaltiger, weil sie sich zu niemand darüber aussprechen konnte. Auch zu Tante Maria nicht — darüber nicht.

Eine wahnsinnige Liebe? Was mußte das nur sein? Und Hans Ried hatte diese schöne Dame heiraten wollen — und hatte wohl einen Korb bekommen! Und nun — nun sollte sie seine Frau werden?

Durch eine unerklärliche Ideenverbindung mußte sie an die Stunde denken, da sie sich mit Hans verlobt hatte und sein Herz so ruhig und gleichmäßig hatte klopfen hören. Wie ein Schmerz, dem sie nicht Namen geben konnte, berührte sie die Erinnerung an dieses ruhig klopfende Herz.

Wie ein Schauer flog es über sie hin. Sie wollte diese Gedanken von sich wehren. Ach — wenn doch Tante Maria jetzt allein wäre, daß sie zu ihr gehen könnte und sie fragen —

(Fortsetzung folgt.)